

160 Jahre Marine zwischen Volk und Staat

Von

Michael Salewski

Es gilt das gesprochene Wort.

Haben die sieben, neun oder wie viele Marinen, die Marinehistoriker gerne aufzuzählen pflegen - von der Reichsflotte bis zur Deutschen Marine - irgendetwas Gemeinsames, das es rechtfertigen könnte, sie gemeinsam zu feiern? Lassen sich die 160 Jahre Marine über einen Kamm scheren? Wie müsste der aussehen?

Auf den ersten Blick passt nichts zusammen, will man nicht auf die Banalität hinaus, dass man es immer mit Schiffen und dem Meer zu tun hat. So betrachtet könnte man auch sämtliche deutschen Heere gemeinsam feiern. Niemand kommt auf diese Idee und um so weniger, als im Selbstverständnis der deutschen Armeen es noch viel weniger Gemeinsamkeiten gibt als bei den Marinen.

Deutsche Landstreitkräfte bildeten erst seit 1919 eine demokratisch legitimierte „Reichswehr“. Damit war es schon 1935 wieder vorbei. Die „Wehrmacht“ Adolf Hitlers und die „NVA“ Walter Ulbrichts gelten als Instrumente des Terrors und der Diktatur, man feiert sie nicht.

Nun wird man sofort einwenden, dass es doch auch eine Marine Hitlers und sogar Ulbrichts gegeben hat, und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Erich Raeder war stolz darauf, die Marine reibungslos, wie er sich ausdrückte, dem „Führer“ „zugeführt“ zu haben. Und sein Nachfolger wurde es dann sogar selbst: Führer des deutschen Volkes. Zweifellos zählt Karl Dönitz auch zur Marine.

Nun schimmert bereits die Problematik auf, um die es heute gehen soll. Der 14. Juni als Geburtstag „der“ Marine ist reine Willkür, denkt man an alle die Marinen und Schiffe, die es vor dem 14. Juni 1848 gegeben hat. Unter ihnen waren Einheiten, gegen die die der Brommy-Flotte kläglich wirkten. Eine erste Behauptung könnte also lauten: Das mit der deutschen Marine hat irgendwann angefangen, aber mit Bestimmtheit nicht am 14. Juni 1848. Ob Wikinger, Hanse, Großer Kurfürst, Preußische Seehandlung: Auch an Kriegsschiffen mangelte es den Deutschen selten. Der 14. Juni 1848 bezeichnet keinen Anfang, sondern einen Neuanfang.

Neu kann man nur anfangen, wenn man irgendwann schon einmal angefangen hat. Die Frage lautet: Was macht den 14. Juni zu einem besonderen und zum Feiertag der Marine? Wo steckt das Geheimnis des 14. Juni? Oder spiegelt sich darin nur eine Konvention, ist dieser Feier-Tag dem dringenden menschlichen Bedürfnis geschuldet, sich an irgendwelchen runden Daten und besonderen Kalenderblättern zu orientieren? Wem fiel in diesem Zusammenhang nicht der 9. November ein, vor allem der von 1918, und es hat den Vorschlag gegeben, diesen Tag und nicht den im Juni, wie für die Republik insgesamt, so auch für die Marine als Geburtstag zu nehmen. Begründen ließe sich das; entstanden Republik und republikanische Marine doch aus einer revolutionären Wurzel.

Eigentlich hatte das Paulskirchenparlament am 14. Juni 1848 nichts zu sagen, und wenn es dennoch 6 Mio. Taler für den Flottenbau bereitstellen konnte, so verdankte es dies allein den Bundesfürsten, die vier Tage zuvor das Budgetrecht des Bundestages auf das Paulskirchenparlament übertragen hatten. Dieses handelte gleichsam im Auftrag und mit Billigung der Bundesfürsten. Obwohl der Bundestag vorübergehend ohnmächtig schien, behielten die Bundesstaaten selbst das Heft in der Hand; in den kritischen Monaten des Jahres 1848 entstand eine Art "dual state System"; alles geriet in Fluss. Dass eine Flotte her müsse, war keineswegs allein die Überzeugung der Parlamentarier. Viel eher waren es die alten erfahrenen Eliten in Gestalt der Bundesfürsten und ihrer Berater, die wussten, was Sicherheit und Staatsräson forderten, nachdem England, Holland, Dänemark, die in der Konstruktion des Wiener Kongresses von 1815 die deutsche Verteidigung zur See hatten sicherstellen sollen, das nicht nur nicht taten, sondern, wie im Fall Dänemark, ins feindliche Lager übergingen. Hätten die Fürsten den Flottenbau nicht gebilligt und dem Parlament zu den nötigen Mitteln verholfen: Die Parlamentarier in der Kirche hätten beschließen können, was sie wollten: Nichts wäre geschehen! Also bedarf es der Erklärung, warum der erste Beschluss dieses frisch zusammengetretenen Parlaments als Geburtsstunde der Marine gilt.

Wie unsicher sich alle fühlten, enthüllt die Semantik: Die Parlamentarier wussten nicht, wie sie das, was sie schaffen wollten, überhaupt nennen sollten: Bundesflotte, Reichsmarine, Reichsflotte, Kriegsmarine, Bundesmarine, Deutsche Marine. Alles findet sich in zeitgenössischen Quellen. Den Nachgeborenen kommt es hingegen so vor, als spiegele sich in dieser sprachlichen Bandbreite bereits die ganze zukünftige Geschichte der Marine in Deutschland.

Das kam nicht von Ungefähr, denn jede Bezeichnung für diese geplante Ansammlung von Kriegsschiffen stand für ein bestimmtes Problem, eine bestimmte Konstellation, und die Geschichte hat alle Varianten durchprobiert - heute sprechen wir, vielleicht vorübergehend, wieder einmal von der „Deutschen Marine“. Maritim groß geworden sind wir aber in der „Bundesmarine“, und der erste Inspekteur dieser Bundesmarine, Friedrich Ruge, berichtete in seinen Memoiren über „vier Marinen“.

Die meisten gewöhnten sich daran, das Brommygeschwader als Reichsflotte zu bezeichnen, auch das hatte seinen wohlerwogenen Grund.

Die Reichsflotte war Sache eines Parlaments, das ein Reich gründen wollte und im Juni 1848 fast am Ziel zu sein glaubte. Dieses Reich sollte nach den Entwürfen der Reichsverfassung ein Volksreich mit einer Flotte und einem Volkskaiser an der Spitze sein. Man muss sich klarmachen, dass die erste Entscheidung eines vom Volk gewählten Parlaments seinem Schicksal zur See galt - mag das in Abwehr der akuten dänischen Gefahr, oder schon im Hinblick auf eine ferne Zukunft der Fall gewesen sein. Diese Zukunft war den Abgeordneten nicht gleichgültig; die Denkschrift des Oberbefehlshabers der preußischen Marine, des Prinzen Adalbert, lässt daran keinen Zweifel, und sie ist als die Magna Charta der Marine in die Geschichtsbücher eingegangen. Zu Recht; denkt man daran, dass die englische Magna Charta von 1215 als erstes Dokument einer langsam entstehenden Demokratie gilt. Wie immer eine zukünftige Reichsflotte aussehen sollte: Sie wäre das Produkt einer parlamentarischen, demokratischen Monarchie geworden. Auch wenn diese Zukunftsvision zuschanden werden sollte: Am 14. Juni 1848 vermählten sich Machtpolitik und Demokratie zum ersten Mal in der deutschen Geschichte gleichsam auf See. Der Katalysator war die Flotte. Zuerst nur virtuell, dann real, denn die Brommyflotte war das überhaupt Realistischste, was die Revolution von 1848 hervorgebracht hat. Nicht gegen die hergebrachten Obrigkeiten, wie einst in Frankreich, sondern mit ihnen. Der Entschluss zum Flottenbau wurde von den alten Gewalten und der jungen demokratischen Kraft gemeinsam getragen. Von daher wird es verständlich, dass allen Marinen der Zukunft nicht nur der Geruch des Kaiserlichen und Kriegerischen, sondern auch des Liberalen und Demokratischen anhaftete. Damit hat man die anfangs gesuchte Klammer um alle deutschen Marinen seit 1848, und wir feiern 160 Jahre Marine als parlamentarische Demokratie und wehrhafte Republik zugleich.

Freilich; das war keine geradlinige Entwicklung. Es gab schlimme Rückschläge. Den schlimmsten Rückschlag gab es im „Dritten Reich“, welches daher eine besondere Rolle spielt. Aber man darf nicht vergessen, dass zwölf Jahre von 160 nur 7,5 % ausmachen, und auch wenn der Einwand berechtigt ist, dass hier weder mechanisch noch quantitativ verfahren werden darf, bleibt es doch unbestritten: Die allermeisten Frauen und Männer der Marine haben Hitlers Marine eben nicht gedient. Diese dürfen den gleichen Anspruch auf historische Würdigung erheben wie jene, welche die Idee der Marine im Nationalsozialismus pervertierten.

Von Perversion kann man mit Fug und Recht sprechen. Zum Ersten verriet die Kriegsmarine ab 1935 ihre eigenen Traditionen, indem sie sich willig einer Diktatur öffnete, von der zu diesem Zeitpunkt die hohe Führung wissen konnte, dass sie nicht nur Demokratie und Parlamentarismus, sondern auch den Frieden zu torpedieren und Menschen physisch auszurotten suchte - die Marineleitung machte mit, allem späteren Leugnen zum Trotz. Zum Zweiten inszenierte sie mit Partei und Staat ein betrügerisches politisches Spiel, gemeint ist der deutsch-englische Flottenvertrag vom 18. Juni 1935. Für die Briten die anscheinende Einhegung des deutschen maritimen Ehrgeizes, war er für die Deutschen das trojanische Pferd, in dem die kläglich-kleine Kriegsmarine sich solange verstecken sollte, bis sie die englische Machtstellung herausfordern konnte: ab 1940. So findet man es in den entsprechenden Dokumenten. Zum Dritten war die Marine bereit, das nationalsozialistische kontinentale Vernichtungskonzept im Osten Europas zu tolerieren, denn Hitler korrumpierte die Marine, indem er ihr versprach, nach Abschluss der kontinentalen Expansion binnen weniger Jahre, Raeder meinte spätestens ab 1949, die Weltherrschaft anzustreben. Träger dieses Anspruchs aber sollten nicht Heer und Luftwaffe, sondern eine aufgeblasene Marine sein. Auch diese Pläne liegen vor, vom sogenannten „Z-Plan“ bis zu den hypertrophen Zukunftsszenarien aus den Jahren 1940 und 1941. Perversion kann man viertens auch darin sehen, dass die Kriegsmarineführung alle alten Traditionen, nach denen sich die deutschen Marinen „nach England“ zu richten hatten, weil dieses über die reichhaltigste maritime Erfahrung verfügte, zugunsten eines maßlosen Konzepts über Bord gab. Das widersprach allen Lehren der Geschichte. Und schließlich, trauriger Höhepunkt: die Verschmelzung des absolut Bösen mit der personell höchsten Spitze der Marine: Nicht Hitler, Dönitz war der letzte „Führer“ des „Dritten Reiches“.

Die Marine war 1945 so entsetzlich diskreditiert, wie noch nie in ihrer Geschichte.

Man kann 160 Jahre deutsche Marine nur von diesem Tiefpunkt aus begreifen. Schließlich konnte es dazu nur kommen, weil das Gelände der Marinegeschichte eher einer Hochebene glich, in der die Prinzipien von Demokratie und Liberalismus die Geländestrukturen bestimmten, und zwar in jener Form, die sich als die allein überlebensfähige herausgestellt hat - wieder ließe sich England als Beispiel nehmen: Trotz der tödlichen Bedrohung der Insel seit der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 hielt sie an ihren demokratisch-liberalen Idealen fest, wusste diese aber mit dem Prinzip von Macht und Führung durch die Obrigkeit zu verbinden, dafür steht die Gestalt von Winston Churchill, der bereits im Ersten Weltkrieg bewiesen hatte, wessen ein demokratisch-liberales maritimes Großreich fähig war.

Die grauenvollen Erfahrungen des „Tausendjährigen Reiches“, das es auf klägliche zwölf Jahre brachte, lassen die deutsche Marinegeschichte insgesamt neu deuten, und hier muss man zunächst wieder ins 19. Jahrhundert zurück, genauer: in die Jahre 1850 bis 1852. Tiefer, so die patriotischen Zeitgenossen der Kaiserzeit, habe die Idee Marine gar nicht mehr sinken können. Die Reste der Bundesflotte wurden weit unter Preis versteigert. Als Symbol dafür galt immer jener Sarg, der als letztes Inventarstück der Flotte von Hannibal Fischer aufgerufen wurde. Nun schien der Traum von der Reichsmarine ausgeträumt, nun ging es wieder um Klein-Klein, die preußische Matrosenstation und die „Gazelle“ des preußischen Königs auf dem Wannensee wirkten wie lachhafte Symbole.

Aber nichts war so, wie es schien, und als der Schoner „Frauenlob“ im Taifun am 2. September 1860 vor Yokohama mit Mann und Maus unterging, war das während eines der ehrgeizigsten maritimen Unternehmungen der preußischen Marine, die sich selbst als die legitime Nachfolgerin der Bundesflotte empfand. Die preußische Ostasienexpedition von 1859 bis 1862 eröffnete ein neues maritimes Zeitalter, in dem nicht zum ersten Mal in der preußisch-deutschen Geschichte - man denke an die Afrikaunternehmen des Großen Kurfürsten von Brandenburg - aber noch nie so konsequent eine preußische Flotte als globales und globalisierendes Machtmittel der deutschen Staaten begriffen und eingesetzt wurde. Indem zahlreiche Bundesstaaten sich an diesem maritimen Experiment unter preußischer Führung beteiligten, entwarfen sie bereits eine flüchtige Skizze der kommenden staatlichen Einigung Deutschlands. Als das Reich tatsächlich gegründet - oder wiederbegründet - wurde, verwandelte sich die Preußische Marine zum Kern einer Kaiserlichen, zur Reichssache.

Aber es gab eine schwerwiegende Einschränkung: Die preußische Flotte war reichsweit gesehen zu klein, die Preußen hatten nur wenige Schiffe, und der preußische König nicht genug Geld gehabt, um weitere Schiffe kaufen oder bauen zu können. Das Muster von 1848 stellte sich 30 Jahre später wieder her: Eine Flotte konnte nur aus Mitteln des Volksvermögens gebaut werden, die Spendenbereitschaft patriotischer Bürger und Bürgerinnen allein - die „Frauenlob“ war aus Spenden deutscher Frauen mitgebaut worden - genügte nicht. Das alles bedurfte der Organisation und Administration. Diese aber konnten nur eine Institution leisten, der das Volk vertraute: Das deutsche Parlament, und damit begann, wenige Jahre nach der Reichsgründung von 1871, der zweite Akt im Mit- und Gegeneinander von Flotte und Parlament. Die Marine wurde zur eigentlichen Klammer um Reich, Obrigkeit und Demokratie. Der Reichstag, der die Gelder für den Flottenbau bewilligen musste, war aus dem demokratisch fortschrittlichsten Wahlsystem seiner Zeit hervorgegangen. Der Reichsparlamentarismus war der modernste in ganz Europa. Wieder war die Idee Flotte, zumeist mit dem Namen Tirpitz verbunden, der entscheidende Katalysator. Die Abneigung, die innere Verachtung, mit der Tirpitz dem Reichstag begegnete, war doch immer mit dem Bewusstsein gepaart, dass letztlich allein die Abgeordneten zu entscheiden hatten, ob und wie die Flotte gebaut wurde. Gewiss versuchte er durch raffinierte Manöver den Einfluss des Parlaments zu verringern, aber das gelang ihm am Ende nicht, und als die Stunde der Wahrheit schlug, nämlich im Jahr 1912, stoppte dieser verachtete Reichstag konsequent den Ausbau der Flotte zugunsten einer Vergrößerung des Heeres. So lag Tirpitz' Vision von einer mächtigen deutschen Flotte als Abschreckungsinstrument gegen England in Trümmern. Im Machtkampf gesiegt hatte das Parlament, und so ist es zutreffend, wenn die Historiker von der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches schon vor dem Ersten Weltkrieg reden. Das wichtigste Instrument in diesem Prozess aber war die Kaiserliche Marine. Die mochte sich unter Tirpitz so antidemokratisch geben, wie sie wollte: Noch immer waren ihre Angehörigen dem bürgerlich-liberalen Geist verpflichtet, nur wenige Adelige empfanden sie als geistige Heimat, noch immer spiegelte sich in der landsmannschaftlichen Zusammensetzung der Flotte der alte Geist der deutschen Einheit, wie er 1848 in der Paulskirche geweht hatte.

Das Wort „kaiserlich“ wies unmittelbar auf 1848 zurück. Hätte Friedrich Wilhelm IV. von Preußen seinerzeit die ihm vom Paulskirchenparlament angetragene Kaiserkrone angenommen, wäre die Marine schon damals „kaiserlich“ geworden.

Sie war nun, nach 1871, das einzige Machtinstrument des Reiches als Klammer um die 25 Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes. Nur die Marine konnte nach außen hin Idee und Wirklichkeit des Reichsganzen vertreten. Und damit auch jenes Prinzip, dem sie ihre Existenz verdankte: das des Reichstages als der demokratischen Vertretung des Volkes. Jeder Matrose und jeder Offizier, die sich im Auslandeinsatz befanden, waren automatisch „Botschafter in Blau“, und zwar nicht von Preußen, Bayern oder von welchem Ländchen auch immer, sondern vom Deutschen Reich. In den düsteren Jahren nach 1919 wurden die Besuche der jungen Reichsmarine im Ausland von den dort lebenden Deutschen als sichtbares Zeichen des weiter bestehenden Reiches - und nicht etwa der Weimarer Republik - betrachtet. Mit all den positiven und negativen politischen Folgen, um die es hier nicht gehen kann.

Nun könnte der Eindruck entstehen, als feiere sich unsere Marine fröhlich selbst als Musterbeispiel einer lebendigen Demokratie. Ja, das tut sie auch, und niemand sollte es ihr verdenken. Aber sie ist inzwischen alt und weise genug geworden, um zu wissen, dass dieser glänzenden Fassade eine düstere Rückseite entspricht, die man nicht nur mit den Schlagwörtern Marine und Nationalsozialismus umschreibt. Das Problem geht tiefer.

Jede Flotte ist nicht nur ein Machtinstrument, sondern eine Ansammlung von Gewalt. Potentieller und realer Gewalt. Da der Austrag dieser Gewalt zumeist fern vom Land erfolgt, bekommen die Bürger meist nicht richtig mit, wann, wo und wie auf See gestorben wird. Jede Marine wird für den Krieg gebaut. Allein ihre Existenz ist der Beweis dafür, dass die Staaten dem Frieden nicht trauen. Friedensflotten gibt es nicht, nur Kriegsmarinen, mögen sie sich nennen, wie sie wollen, das Wort Krieg ist heute tabuisiert, man spricht lieber von Friedensmissionen, dennoch schwingt es bei allen maritimen Einsätzen und Unternehmungen mit, und zwar im wiedervereinigten Deutschland deutlicher und drastischer als vor 1990.

In der Geschichtsschreibung der vorvergangenen Jahrhundertwende wurde der Zusammenhang zwischen Macht und Marine ganz offen angesprochen. Was Clausewitz für das Heer, war Alfred Thayer Mahan für die Marine gewesen. Kaiser Wilhelm II. ließ das amerikanische Buch ins Deutsche übersetzen, und jeder Seeoffizier war gehalten, es zu lesen und zu beherzigen.

Nicht dass Mahan ein Kriegstreiber gewesen wäre, aber indem er den untrüglichen Beweis dafür führen zu können glaubte, dass alle Weltmächte in Vergangenheit,

Gegenwart und Zukunft nur jene wären, die über eine mächtige Flotte verfügten, ihre Macht mit mächtigen Kriegsschiffen in andere Kontinente projizieren könnten, stiftete er gerade die Neulinge, zu denen in erster Linie Deutschland zählte, dazu an, ein maritimes Machtinstrument zu schaffen, das über bloße Küstenverteidigungs- oder Handelsschutzaufgaben weit hinausging und weltweit wirken sollte. Sei es in China, Südamerika, Afrika, in der Südsee. Auf diese Weise wurde die Marine zu jenem Ferment, das zur Kriegsreife von 1914 beitrug. Der deutsch-britische Gegensatz auf dem Feld des Flottenbaues war nur die Spitze eines Eisbergs. Wir wissen heute, dass eine der Hauptursachen des Ersten Weltkriegs im Unvermögen der Staatsmänner lag, den maritimen Ungeist wieder in seine Flasche zurückzubeordern. Auf diese Weise wurde die Marine zur Kriegstreiberin. Gewiss ungewollt und subjektiv unschuldig, aber unvermeidlich tragisch.

Das war keineswegs eine rein theoretische Konstruktion, sondern sie entband die Revolution von 1918. Diese war eine Lehrstunde im Prozess des Mit- und Gegeneinanders von Demokratie und staatlicher Macht. Um sie zu verstehen, muss man wieder ins 19. Jahrhundert zurück und zu dem Phänomen, dass bis zum Ersten Weltkrieg die deutschen Kriegsmarinen alles Mögliche leisteten - bis hin zu wichtigen wissenschaftlichen Expeditionen - eines aber nicht: den Krieg. Da aber nach dem zeitgenössischen Selbstverständnis der Marine der Krieg die eigentliche Rechtfertigung der eigenen Existenz war, wurden vor 1914 auch die kleinsten kriegerischen Ereignisse zur See grotesk überhöht, sei es 1848 Admiral Brommy's Geplänkel in der Deutschen Bucht, der „Tag von Eckernförde“ am 5. April 1849, Eduard von Jachmann's Angriff auf ein dänisches Blockadegeschwader 1864 vor Jasmund, aber eine „richtige“ große Schlacht à la Aboukir oder Trafalgar gab es nie, und als die sparsame preußische Verwaltung sogar den Seekrieg von 1871 nicht als Kriegsdienst anerkennen wollte, erbitterte das alle, die öde Monate hindurch mit den wenigen Schiffen vor Wilhelmshaven erfolglos herumgedümpelt waren, Tirpitz zählte zu ihnen. Das mag ein weiterer Grund dafür gewesen sein, dass die Sehnsucht nach „dem Tag“ - nach der prächtigen großen Schlacht - viele Gemüter in der Hochseeflotte durchzog. Man kann sich vorstellen, was in diesem Zusammenhang Skagerrak 1916 bedeutete: Die Erfüllung jahrzehntelangen Sehns! Skagerrak war so „schön“, so „erhaben“ und „erhebend“, daß nach geraumer Frist der Wunsch überwältigend wurde, es gleichsam noch einmal zu inszenieren.

Das war der eigentliche Grund für die von den Matrosen des 3. Geschwaders so genannte „Todesfahrt“ der Flotte vom Oktober 1918, die durch Meuterei verhindert wurde und die deutsche Novemberrevolution auslöste. Man erkennt den Zusammenhang: Dem Prinzip Krieg und Gewalt stand das des Friedens und der Gewaltlosigkeit entgegen; dem kriegerischen Ehrgeiz der Seekriegsleitung die Friedenssehnsucht der Matrosen, und der Gerechtigkeit halber muß hinzugefügt werden, daß auch nicht alle Seeoffiziere den „ehrvollen Untergang“ wollten.

Die Vernunft siegte und mit ihr die Matrosen der Hochseeflotte. Die Revolution war ganz anders, als sich das die Führung je gedacht hatte, zur Sache der Marine geworden, jener Marine, wie sie 1848 in der Paulskirche konzipiert worden war. Das Duell zwischen Gewalt und Demokratie wurde 1918 zugunsten der Demokratie entschieden. Genau das sollte Hitler später der Marineführung vorwerfen - und diese schämte sich, anstatt stolz darauf zu sein, dem Volk einen unschätzbaren Dienst erwiesen zu haben. Weimar hat die deutsche Marine erst möglich gemacht.

Das gilt auch im umgekehrten Sinn, hätte es ohne das energische Eintreten von Persönlichkeiten wie Ebert, Noske, Geßler doch überhaupt keine Marine mehr gegeben. Das Reichsheer - nun endlich gab es eines - hätte auf sie ganz gerne verzichtet, und nur widerwillig erkannte der Chef der Heeresleitung, der Generaloberst Hans von Seeckt, die ausschlaggebende Bedeutung der kleinen Reichsmarine für Bestand und Erhalt des Reiches und seiner notabene demokratischen Institutionen an. Vor allem die Verbindung zum territorial abgeschnittenen Ostpreußen war eine genuine Marineaufgabe, wieder wurde die Marine zur Klammer um das Reich. Das schlechte Image der Marine in der bürgerlichen Gesellschaft - Folge der Revolution, wie sie die Nationalisten und dann die Nationalsozialisten deuteten - änderte nichts daran, dass diese Marine Sache des Staats und des Volks zugleich war. Im Tuch der Flagge dominierte Schwarz-Rot-Gold, aber im linken Obereck hielt sich Schwarz-Weiß-Rot. Dieser „Kompromiss“, um den erbittert gerungen wurde, symbolisierte, was damals Wirklichkeit war: das spannungsvolle Miteinander von Tradition und Demokratie in einem Gemeinwesen, das zugleich Reich und parlamentarische Republik war. Es verwundert nicht, dass die Nationalsozialisten nach ihrer „Machtergreifung“ nichts Eiligeres zu tun hatten, als die „unmögliche“ Flagge durch die mit dem Hakenkreuz zu ersetzen.

Dem Flaggenstreit folgte der parlamentarische Kampf um den „Panzerkreuzer A“, das war der zweite Akt im Drama zwischen Staat und Parlament, die erst lernen mussten, sich als untrennbare Einheit zu verstehen. Am Ende misslang das, und der Weg zur Diktatur wurde frei. 1928 spaltete der Streit um den Neubau die SPD in jene Parteimitglieder, die das Panzerschiff „Deutschland“, und jene, die an seiner Stelle die „Schulspeisung“ deutscher Kinder wollten, will man es mit den Plakaten der Zeit ausdrücken. Am Ende wurde das Schiff gebaut, aus der Schulspeisung für alle Kinder wurde nichts. Das Deutsche Reich hatte Prioritäten gesetzt - oder war es die Weimarer Republik?

Zum maritimen Dritten Reich wurde das Entscheidende schon gesagt, wir gehen über diese zwölf Jahre jetzt bewusst hinweg. Das hat nichts mit Respektlosigkeit jenen gegenüber zu tun, die guten Glaubens Leib und Leben in dieser Marine geopfert haben.

Dass das, was man im Westen dann Bundesmarine nannte, von Menschen aufgebaut wurde, die fast alle in der Kriegsmarine gedient hatten, war unvermeidlich, wissen wir doch, dass die Volksmarine in der sogenannten DDR, die sich anheischig gemacht hatte, nur ausgewiesene gute Kommunisten mit dem Neuaufbau einer Marine zu betrauen, professionell wesentlich gescheitert ist, und ohne die tatkräftige Mithilfe der Sowjetunion wäre es wahrscheinlich zu dieser Marine überhaupt nicht gekommen. Auch in der Marinegeschichte gab es so etwas wie eine natürliche Generationenfolge, die in manchen Familiennamen immer wieder aufschien. Wir haben keinen Grund, auf die Leistungen des Anfangs deswegen skeptisch zu sehen, weil sie von Menschen erbracht worden sind, die in der Marine unter Hitler gedient hatten. Der Personalgutachter-Ausschuss des Parlaments hat versucht, die demokratische Gesinnung als "Conditio sine qua non" bei den hohen Offizieren des Anfangs zu prüfen. Selbst wenn ihm dies nicht immer gelang, waren Botschaft und Anspruch klar: Bundestag und Marine bekannten sich energisch und unbedingt zu ihrer demokratisch-parlamentarischen Tradition. Wer sie in Frage stellte oder leugnete, hatte keinen Platz in der jungen Bundesmarine; mancher an sich befähigte Offizier wurde abgewiesen. Es ehrt die Bundesmarine, dass sie in diesen Fällen keine Kompromisse einging und dem Votum des Bundestages folgte. Das hatte nichts mit Duckmäusertum oder alliierter Oberaufsicht zu tun, obwohl gerade die junge Marine mit den Westalliierten unmittelbar zu tun hatte. Die ersten Einheiten kamen aus England, Frankreich, Amerika.

Mithilfe großer ausländischer Staaten beim Aufbau deutscher Marinen gehörte zu den ältesten Traditionen. Die Reichsflotte von 1848 hatte zwei Seemächten ihre Existenz mitverdankt: der amerikanischen, vor allem aber der englischen, die in fast jeder Beziehung der Reichsflotte zum Vorbild wurde. Diese Flotte, so hat es ein Marinehistoriker ausgedrückt, ist als „Juniorpartner“ der englischen entstanden, und auch die US-Amerikaner haben damals ihr Scherflein in Form von Schiffen beigetragen. Es war also nichts Neues, wenn eine deutsche Marine sich auf einen größeren Partner stützte; dass das im Osten ein Staatswesen war, das weder über eine ungebrochene maritime Tradition, noch über die damit verbundenen demokratischen Prinzipien verfügte, gehörte zur Tragik der NVA VM, der „Volkmarine“.

Sie wurde erst mit dem 3. Oktober 1990 überwunden, als diese Marine, fast im Hegelschen Sinn des Wortes, aufgehoben wurde - in die Bundesmarine, die auch deswegen im Begriff war, sich selbst umzubenennen.

Diese 1955 gegründete Bundesmarine stand ganz in der Tradition der Brommyflotte; eine ihrer ersten Ausbildungseinheiten war nach dem Admiral von 1848 benannt. Die kläglichen Geleitboote des Anfangs erhielten bombastische Namen: „Scharnhorst“ und „Gneisenau“. Die Namen der preußischen Reformer sollten nicht auf die Schlachtkreuzer der Kriegsmarine verweisen, sondern auf den Geist der Erhebungszeit - und hier blitzt wieder der dialektische Zusammenhang zwischen Macht und Liberalismus, Staat und Demokratie auf. Die Bundesmarine verstand sich von Anfang an als Nachfolgerin der Reichsflotte von 1848. Zu jedem runden Geburtstag gab es eine Feier. Die letzte fand vor genau zehn Jahren in Stralsund statt und man kann prophezeien, dass es im Jahr 2018 wieder eine Feier geben wird - vielleicht im Nationaltheater von Weimar?

Bonn war nicht Weimar, hatte Weimar dennoch viel zu verdanken - im Guten wie im Bösen, und so war die Bundesmarine von Anbeginn immer auch ein Machtinstrument des Staates, das mit dafür zu sorgen hatte, dass die demokratischen Grundsätze der Bundesrepublik gegen jedermann verteidigt wurden. Nach Lage der Dinge waren das jene Mächte, die sich zum Warschauer Pakt zusammengeschlossen und kein Hehl daraus gemacht hatten, dass sie der Bundesrepublik samt ihrer Marine am liebsten den Garaus gemacht hätten.

Die Jahre von 1955 bis 1990 wurden trotz aller weltpolitischen Krisen durch eine große Kontinuität bestimmt. Die Marine konnte sich auf der einen Seite voll und ganz im Volk und in dessen Demokratie geborgen fühlen, auf der anderen sich als Machtinstrument dieses Volkes auf einen Fall sorgfältig vorbereiten, der eben deswegen nie eintrat. Die Geschichte des Kalten Krieges ist die perfekte Illustration des dialektischen Prinzips. Zum Glück beherrschte es die Sowjetunion auch, und das garantierte den Frieden. Der Frieden war der Ernstfall: Kein Spruch eines Bundespräsidenten war intelligenter als dieser von Gustav Heinemann. Nie waren Macht und Demokratie enger miteinander verflochten als in diesen Jahrzehnten, und man wird es als Krönung eines hundert Jahre lang währenden Sehns ansehen können, dass zum ersten Mal seit 1848 eine deutsche Marine mit den großen Seemächten des Westens in der Konstruktion der NATO dauerhaft verbunden und damit selbst zu einer echten Seemacht geworden war. Ähnlich wie schon 1848, aber doch ganz anders, denn nun bildeten die verschiedenen westlichen Marinen eine unauflösbare Schicksalsgemeinschaft. „Northern Wedding“ hießen große NATO-Manöver aus dieser Zeit.

Auch in der NATO begann es nach 1990 wie in vielen Ehen zu kriseln, und es gehörte zu den großen Leistungen dieses Bündnisses, dass es nicht nur bestehen blieb, als ihm der Gegner gleichsam abhanden gekommen war, sondern sich auf seine Grundsätze des Anfangs zurück besann. Die NATO war von Anfang an mehr als ein ordinäres Verteidigungsbündnis zwischen souveränen Staaten gewesen; die NATO hatte auch einen politischen Auftrag, und der ließ sich einfach formulieren: Freiheit und Demokratie. Dass der Auftrag in Zeiten des Kalten Krieges nicht lautete: Freiheit und Demokratie auch da wieder herzustellen, wo sie außerhalb des Vertragsgebiets verlorengegangen waren, hatte dieses Bündnis als ein rein defensives ausgewiesen, und es ist manchem Seemann und Offizier schwergefallen nichts zu tun, wenn im Osten Deutschlands schreiendes Unrecht geschah, Menschen an der Grenze verbluteten, desperate Fluchtversuche über die Ostsee scheiterten.

Aber nach dem Ende der West-Ost-Auseinandersetzung stellte sich die Frage immer dringender und zwingender: Was war, wenn diese beiden Prinzipien auch außerhalb des Bündnisgebietes verletzt wurden? Gab es eine Verantwortung jenseits aller Verträge, wenn es um Menschenrechte, Freiheit und Moral ging? Gab es ein unverletzliches Grundrecht auf Menschenwürde, wo immer in der Welt?

Musste Verantwortung übernommen werden, auch wenn sie den eigenen Völkern anscheinend nicht unmittelbar einleuchtete? Mussten Freiheit und Demokratie nicht in die ganze Welt getragen werden - wie es einst das christliche Missionsgebot gefordert hatte? War der internationale Terrorismus nun nicht jener perfide „asymmetrische“ Feind, den es weltweit zu bekämpfen galt? Als der deutsche Zerstörer „Lütjens“ am 14. September 2001 die „USS Winston S. Churchill“ passierte, ließ der Kommandant, Fregattenkapitän Michael Meding, Front pfeifen, die amerikanische Flagge auf Halbmast setzen und ein Transparent entrollen: „We stand by You“. Jenseits solcher Gesten musste sich die westliche Gesellschaft mit diesen neuen Herausforderungen auseinandersetzen, und sie ist längst noch nicht damit fertig.

Dabei kam die Marine besonders ins Spiel, und zwar in einer Art, die auf der einen Seite als ebenso alt wie problematisch, auf der anderen als vollkommen neu erschien.

Um die vorvergangene Jahrhundertwende, um es zu erläutern, hatten Staaten mit dem, was man „Kanonenbootdiplomatie“ nannte versucht, ihren imperialistischen Ehrgeiz über die See in die Welt zu projizieren, und es gibt bis heute Menschen, die auch die Einsätze unserer Marine am Horn vor Afrika, vor dem Libanon, in Afghanistan oder wo auch immer genau damit vergleichen. Dabei übersehen sie, dass es sich bei allen diesen Einsätzen um das handelt, was mit dem Begriff „gewinnfreie Werbung“ umschrieben wird: Werbung für Freiheit und Demokratie. Wenn es zutrifft, dass der Westen eine moralische Verpflichtung hat - wie einst das Christentum für den Glauben - die Grundsätze von Freiheit und Menschenwürde nicht nur zu Hause, sondern in der ganzen Welt zu verteidigen, notfalls wiederherzustellen, sind seine Marinen ein bedeutender Träger dieser Absicht, und das Wort „Träger“ kann man wörtlich nehmen, auch wenn die Deutsche Marine - noch - über keinen verfügt.

So sind in der Raison der Deutschen Marine heute jene beiden Grundprinzipien eindrucksvoll bestätigt, die von Anfang an, also seit dem 14. Juni 1848 Gültigkeit beanspruchten: Freiheit und Macht. Die Marine ist ein Machtinstrument und gleichzeitig eines, das die Ideen von Demokratie und Freiheit verkörpert. In ihr dienen keine Lands-, besser:

Seeknechte, aber auch keine imperial denkenden „Flottenprofessoren“ bestimmen ihren Geist, wie es zu Zeiten der kaiserlichen Marine oft der Fall war,

wenn es das manchmal großspurige Gehabe des Reiches in der Welt zu erklären und zu verbrämen galt. Die Deutsche Marine des Jahres 2008 hat alles Recht, am heutigen Tag fröhlich und selbstbewusst zu feiern, und das ganze Volk ist in der Paulskirche, dem Geburtsort der deutschen Demokratie, stellvertretend dazu eingeladen, mit ihr zu feiern - und genau das tun wir jetzt und heute!